

Christian Albrecht
Pressesprecher

V.i.S.d.P.

Nr. 269/2000

Kiel, 15. November 2000

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Ekkehard Klug: Lehrermangel in den Naturwissenschaften entzieht der Umweltbildung die Grundlage

In seinem Redebeitrag zu TOP 4 (Umweltbildung in Schleswig-Holstein) erklärte der bildungspolitische Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Das Umweltministerium hat in Beantwortung der Großen Anfrage zur ‚Umweltbildung in Schleswig-Holstein‘ vieles aufgelistet.

Ein Kernproblem bleibt freilich in diesen Antworten unerwähnt: Der zunehmende Lehrermangel in naturwissenschaftlichen Fächern entzieht der Umweltbildung in den Schulen immer mehr die Grundlage.

In diesem Wintersemester sind an der Universität Flensburg im Fach Physik nur sechs Studierende für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen eingeschrieben; kein einziger studiert in diesem Lehramt das Fach Chemie. Setzt sich dieser Trend fort, werden diese naturwissenschaftlichen Fächer schrittweise aus dem Unterrichtsangebot der Hauptschulen verschwinden.

Bei den Realschul- und den Gymnasiallehrern ist die Nachwuchssituation günstiger, aber auch hier wird bereits jetzt - zumindest regional - ein steigender Lehrermangel in den Naturwissenschaften bemerkbar.

Diese Entwicklung gefährdet generell die Qualität der Schulbildung in Schleswig-Holstein. Sie schadet in besonderer Weise dem Anliegen, die Umweltbildung an den Schulen zu verbessern.

Auch wenn dieses Themenfeld, wie die Antwort der Landesregierung zutreffend beschreibt, ein breites Spektrum von Unterrichtsfächern betrifft, bleibt doch festzustellen, dass Umweltbildung ohne die Naturwissenschaften so wenig möglich ist wie kulturelle Bildung ohne die Fächer Musik und Kunst.

Gert Börnsen hat vor wenigen Tagen das Fehlen einer Bildungsoffensive der Landesregierung bemängelt.

F.D.P. Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus, 24171 Kiel
Postfach 7121
Telefon: 0431/9881488
Telefax: 0431/9881497
E-Mail: fraktion@fdp-sh.de
Internet: <http://www.fdp-sh.de>



Presseinformation

In besonderem Maße brauchen wir in Schleswig-Holstein eine „**Bildungsoffensive für die Naturwissenschaften**“ - auch, aber nicht nur im Interesse der Umweltbildung.

Dazu gehört neben einer Verbesserung des Unterrichtsangebots in den Naturwissenschaften nach meiner Überzeugung auch eine massiv verstärkte Werbung für das Studium der genannten Fächer.

Darüber hinaus sollte man nach meiner Auffassung die vor drei Jahren getroffene Fehlentscheidung, den Ausbildungsstandort Kiel für angehende Lehrkräfte teilweise zu schließen, wenigstens in bestimmten, heute bereits erkennbaren Mangelbereichen - wie den Naturwissenschaften - wieder rückgängig machen.

Das Umweltministerium hat zum Thema „Umweltbildung“ vieles aus seinem Ressortbereich an Fakten zusammengetragen; dort, wo es nicht unmittelbar zuständig ist, verfügt es aber offenbar nur über einen sehr eingeschränkten Überblick.

Im Abschnitt „H“ und in der Anlage 11, die den Hochschulbereich betrifft, vermisste ich einen Hinweis auf das im vorigen Jahr am Ökologiezentrum der CAU eingerichtete Graduiertenkolleg „Integrative Umweltbewertung“.

Dessen Aufgabenbeschreibung hätte auch Umweltministerium auf der Website des Ökologiezentrums finden können. Es heißt dort - unter Bezugnahme auf die Beschlüsse der Konferenz von Rio (1992) - zum Leitbild der Nachhaltigkeit:

„Als Beitrag zur Diskussion über das Nachhaltigkeitsparadigma strebt das DFG-geförderte Kolleg (1999 – 2002) eine Zusammenarbeit derjenigen Fächergruppen an, die für die Zeitdimensionen des Paradigmas kompetent sind: Ökosystemforschung, Rechts- und Verwaltungswissenschaften sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Ziel ist die Entwicklung von praxistauglichen Verfahren zur disziplinübergreifenden, d.h. integrativen Bewertung von Ökosystemen für eine nachhaltige Umwelt- und Entwicklungsplanung“.

Gerade solche disziplinübergreifenden Forschungs- und Ausbildungsaktivitäten im Hochschulbereich sind nach unserer Auffassung wegweisend und verdienen eine Erwähnung.

Auf Seite 44 der Antwort der Landesregierung wird gesagt: *„Es gibt in Schleswig-Holstein keine Untersuchung zu der Frage der Integration von Absolventen umweltbezogener Studiengänge in den Arbeitsmarkt“.*

Was diese Aussage angeht, empfehle ich dem Umweltministerium einen Blick auf die Website des Geographischen Instituts der Universität Kiel. Dort findet man u.a. eine im April 1999 publizierte, mit finanzieller Förderung des Kultusministeriums durchgeführte „Verbleibsanalyse der Absolventinnen und Absolventen des Kieler Diplomstudienganges Geographie“.

Die ebenfalls im Internet zugängliche Themenliste der Diplomarbeiten und der Lehrveranstaltungen dieses Faches unterstreicht im übrigen sehr eindrucksvoll dessen Relevanz für das Thema „Umweltbildung“.

Von besonderer Bedeutung für die Umweltbildung an den Schulen ist die Entwicklung neuer fachdidaktischer Konzepte.

Auch hier hat unser Land mehr zu bieten, als die Antworten des Umweltministeriums erkennen lassen.

Erwähnenswert finde ich die Beteiligung der Geographen der Kieler Universität - unter Leitung von Professor Wolfgang Hassenpflug - an dem von der EU-Kommission finanzierten und vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Köln koordinierten internationalen Projekt „*Computer Aided System für Teleinteractive Learning in Environmental Monitoring*“ (CASTLE).

Die Abteilung Geographie der (in Auflösung befindlichen) Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der CAU hat hierbei u.a. einen Lehrgang zur Anwendung von Satellitenbildern für Umweltfragestellungen im Schulunterricht entwickelt.

Ich habe mir dies selbst einmal demonstrieren lassen und möchte feststellen, dass sich hier für multimediale, mit moderner Informations- und Kommunikations-technologie arbeitende Unterrichtsgestaltung faszinierende neue Möglichkeiten geben, die gerade für die Umweltbildung große Bedeutung haben. Dass die Universität an diesem innovativen EU-Projekt - neben anderen Universitäten und Forschungseinrichtungen in Großbritannien, den Niederlanden und Spanien mitwirkt, verdient gewiss Beachtung und Anerkennung.

Den Informationsangeboten des Landesbildungsservers beim IPTS lassen sich dazu weitere Informationen entnehmen.

Die finanzielle Ausstattung der Akademie für Umwelt und Natur ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Dies wird von der F.D.P. als notwendig erachtet, um ein speziell an den natürlichen Gegebenheiten des Landes orientiertes Bildungsangebot zur Verfügung zu stellen.

Auf den von der Akademie organisierten Naturschutztagen haben in diesem Jahr die verschiedensten in Schleswig-Holstein im Naturschutz tätigen Gruppen aus ihrer Arbeit berichtet und ihr großes Wissen eindrucksvoll dokumentiert. Die sehr unterschiedlichen Kooperationspartner der Akademie zeigen, dass die Einrichtung akzeptiert ist. Allerdings ist auffällig, dass in der Liste der Veranstaltungen, die vom IPTS als Lehrerfortbildungen anerkannt wurden, gerade ein Viertel von der Akademie veranstaltet werden. Es ist zu überlegen, ob dieser Anteil nicht deutlich erhöht werden kann.

In der Darstellung der finanziellen Ausstattung der Umweltbildung werden die Mittel der Projektförderung im Natur- und Umweltschutz, die durch das LANU bewilligt werden, ebenfalls aufgelistet. Sie kommen jedoch nur zu einem kleinen Teil der Umweltbildung zugute und sind wohl nur aufgeführt worden, um die Bilanz der Landesregierung aufzubessern.

Zu den erfreulichsten Entwicklungen im Bereich der Umweltbildung gehört das Multimar Wattforum in Tönning.

Es hat sich seit seiner Einweihung im Jahre 1999 als Besuchermagnet erwiesen. Mit 170 000 Besuchern legt die Einrichtung eine eindrucksvolle Bilanz vor. Dies ist sicherlich weitgehend dem gut durchdachten, didaktisch und methodisch überzeugenden Konzept zu danken.

Das Kapitel Umweltbildung und „Agenda 21“ dokumentiert demgegenüber das weitgehende Unvermögen der Landesregierung, die Umsetzung der Beschlüsse von Rio zu befördern.

Die Richtigkeit der Beschlüsse ist unbestritten, die Notwendigkeit ihrer Umsetzung auf kommunaler Ebene ebenfalls. Dennoch haben wir keinen Bedarf an neuen organisatorischen Strukturen, Arbeitskreisen, Gutachten und Leitlinien. Diese Instrumente einer bürokratischen grünen Symbolpolitik sind überflüssig. Sie dienen der Befriedung des eigenen Klientels aber nicht der Gestaltung konkreter Politik.

Zum Stichwort „Klientelpflege“ zählt im übrigen auch die in der Antwort des Umweltministers (auf Seite 18) unerwähnt gebliebene Inanspruchnahme von Mitteln des „BingoLottos“ durch die „Kommunalpolitische Vereinigung“ (Kopov). Diese Organisation wird auf der Website der Bundespartei der GRÜNEN ganz offen in einer „Liste Grüner Links“ aufgeführt und als „bündnisgrüne Adresse“ gekennzeichnet.

Die Finanzierung von Parteiarbeit, und dazu gehören auch Aktivitäten der kommunalpolitischen Vereinigungen von Parteien, kann nicht Sinn und Zweck solcher Fördertöpfe sein.

Die Äußerungen des Kollegen Günther Neugebauer zu diesem Vorgang zeigen, dass hierzu erfreulicherweise auch beim Koalitionspartner der GRÜNEN eine kritische Haltung eingenommen wird.

Die Landesregierung hat 1997 ein Agenda 21 Büro eingerichtet.

Für 1999 wird berichtet, dass die Mitarbeiterinnen auf 25 Veranstaltungen Vorträge zur Agenda 21 gehalten haben - eine nicht gerade überwältigende Bilanz. Ob 1998 überhaupt Vorträge gehalten wurden, wird nicht erwähnt. Insgesamt ist die im Bericht dargestellte Bilanz des Büros unzureichend. Die F.D.P. sieht sich in ihrer Haltung bestätigt, die Einrichtung eines solchen Büros abzulehnen. Die Inhalte der Agenda 21 können genauso wie andere Inhalte der Umweltbildung von bestehenden privaten und öffentlichen Trägern vermittelt werden. Für ein solches Büro gibt es keinen Bedarf, sehr wohl aber für die Vermittlung der Inhalte. Dies zeigt im übrigen auch die Liste der Projekte, die im Sinne der Umsetzung der Agenda 21 vereinbart wurden. Die meisten von ihnen sind wie die „Aktionstage zum Naturerleben“, um ein Beispiel zu nennen, mit und ohne Agenda 21 sinnvoll und würden auch ohne Agenda-Büro oder Arbeitsgemeinschaft von den jeweiligen Projektträgern veranstaltet.

Die Gesamtbilanz der Umweltbildung in Schleswig-Holstein ist ernüchternd. Es gibt einzelne herausragende Projekte und sehr viel ehrenamtliches Engagement, ohne das die Umweltbildung noch ärmer wäre. Eine überzeugende Konzeption der Landesregierung gibt es im Bereich der Umweltbildung jedoch nicht.“